



DPoIG: Entscheidung des Presserats unklug und beschämend

Von Thomas Jungfer, Erster stellvertretender Landesvorsitzender

Aufgrund der am 15. Juni dieses Jahres in der „taz“ erschienenen Kolumne mit dem Titel „All cops are berufsunfähig“ der Autorin Hengameh Yaghoobifarah erstattete die **Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Strafanzeige wegen Volksverhetzung und aller sonst in Betracht kommenden Delikte. In ihrer als Satire verbrämten Kolumne wies Yaghoobifarah Deutschlands Polizistinnen und Polizisten den aus ihrer Sicht geeigneten Platz zu – die Mülldeponie.** „Falls die Polizei abgeschafft wird, der Kapitalismus aber nicht: Was passiert dann mit all den Menschen, die heute bei der Polizei sind? (...) Spontan fällt mir nur eine geeignete Option ein: die Mülldeponie. Nicht als Müllmenschen mit Schlüsseln zu Häusern, sondern auf der Halde, wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind. Unter ihresgleichen fühlen sie sich bestimmt auch selber am wohlsten.“ Hamburgs Polizeipräsident Ralf Martin Meyer und etliche wei-



> Thomas Jungfer

tere Vertreterinnen und Vertreter der Polizei legten aufgrund der entwürdigenden Kolumne Beschwerde beim Presserat ein. Jetzt sah der Presserat die Beschwerde als „unbegründet“ an und sieht die Kolumne als „drastisches Gedankenspiel“, das von der Meinungsfreiheit gedeckt sei. Als gesellschaftlich anerkannte Berufsgruppe falle die Polizei nicht unter den Diskriminierungsschutz nach Ziffer 12 des Pressekodex. Natürlich muss sich die Polizei als Teil der Exekutive gefallen lassen, von den Medien kritisiert zu werden. Sich aber vom deutschen Presserat sagen lassen zu müssen, der Text verstoße

nicht gegen die Menschenwürde von Polizistinnen und Polizisten, da sich die Kritik auf eine ganze Berufsgruppe und nicht auf Einzelpersonen beziehe, ist schon unfassbar. Jede Polizistin und jeder Polizist ist zuerst ein einzelner Mensch.

■ Die DPoIG Hamburg hält die Entscheidung des Presserats für unklug und beschämend

In den Reihen der Polizei sorgte bereits der Artikel für reichlich Unmut und scharfe Kritik. Mit jedem Satz, den man las, wuchs das Unverständnis über eine derartig widerliche Sichtweise. Wer solche entmenschlenden Gedanken hegt und einer Berufsgruppe ihre Würde und das Menschsein abspricht und sie wie Unrat auf eine Müllhalde entsorgen will, muss schon ziemlich hasserfüllt und wahrscheinlich voller innerer Gewaltbereitschaft sein. Nicht nur, dass die „taz“-Kolumne schon ein Schlag ins Gesicht für unsere Kolleginnen und Kollegen gewesen war, zeigt die jetzige Entscheidung des Presserats mit ihrer Argumentation einmal mehr auf, wo wir

„hingekommen“ sind. Offensichtlich besteht auch der Presserat mehrheitlich aus Menschen, die nicht erkennen oder erkennen wollen, dass die Frauen und Männer, die jeden Tag für Sicherheit sorgen, für unsere Freiheit im Einsatz sind und für die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft einstehen, ebenfalls diskriminiert werden können. Offensichtlich erwartet man von der Polizei, dass sie sich auf das Übelste beschimpfen lassen muss und man sie nach Belieben durch den Dreck ziehen darf. Eine solche Art des Denkens und Verbreitens von Verachtung über Polizeibedienstete darf man nicht hinnehmen! Diese ideologische Verblendung gehört mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln politisch und gesellschaftlich bekämpft! Offenbar ist es mittlerweile gesellschaftlich opportun, unter dem Deckmantel der Satire, Menschen öffentlich an den Pranger stellen, zu verspotten und diffamieren zu dürfen, ohne mit Konsequenzen rechnen zu müssen. Vielleicht sollte in Zukunft jedes Einschreiten der Polizei auch einfach nur Satire sein. ■

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolig@dpolig-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: Frank Riebow, Friedhelm
Windmüller, DPoIG Hamburg
ISSN 0723-2230



> Presserat – Stimmen zur Entscheidung

„Die Entscheidung des Presserats zeigt einmal mehr, in was



> Joachim Lenders

für einer Gesellschaft wir leben und welche Richtung der Presserat toleriert. Ich halte die Entscheidung für unklug und beschämend.“ „Hamburger Abendblatt“, 9. September 2020

Joachim Lenders, Landesvorsitzender, DPoIG Hamburg

„Polizistinnen und Polizisten werden in der Kolumne öffentlich als Müll bezeichnet. Der Deutsche Presserat hält dies für eine Geschmacksfrage. Für mich

ist diese Bewertung eine unerträgliche Verharmlosung. (...) Die Polizei muss scharfe Kritik aushalten, aber Kritik darf niemandem die Menschenwürde absprechen. Als Bundesinnenminister, als Mensch und als Christ werde ich eine solche Sprache niemals akzeptieren, sondern immer meine Stimme dagegen erheben.“ *Pressemitteilung (Auszug)*, 9. September 2020

Horst Seehofer,
Bundesinnenminister



> Unterwegs für die Kolleginnen und Kollegen: Marc-Ulrich Schipper und Flemming Schade begleiten verschiedene Einsätze – natürlich mit Abstand.



DPoIG-Einsatzbegleitung mit Spaß und Abstand

Die Einsatzbegleitung unserer DPoIG-Betreuungsteams beginnt und endet immer an unserer Landesgeschäftsstelle im Holzdamm. Seit einigen Monaten musste die Checkliste allerdings um einige wichtige Punkte ergänzt werden. „Haben wir Masken und Desinfektionsmittel dabei?“ – „Ja!“ – „Okay, dann los!“ Noch hat uns die Corona-Pandemie im Griff und deshalb versuchen wir alles, um unsere Kolleginnen und Kollegen und uns zu schützen, aber trotzdem nicht auf die Einsatzbegleitung – wenn auch in reduzierter Form – zu verzichten. In den vergangenen Wochen ist es in der Innenstadt zu diversen Demonstrationen und politischen Veranstaltungen gekommen, auch polizeiliche Groß Einsätze wie die DIS-Woche (Drogenerkennung im Straßenverkehr) werden wieder Alltag. Für die DPoIG Hamburg ist es dann selbstverständlich präsent zu sein und unsere Kolleginnen und Kollegen mit „Stimmungsaufhellern“ zu unterstützen. Snacks, Giveaways, gute Laune und ein offenes Ohr für die Einsatzkräfte, das ist für uns gelebte Gewerkschaftsarbeit auch in einer schwierigen Zeit!

#DPoIGdeinetwegen



> DPoIG-Landesvize Thomas Jungfer und Pascal betreuen die Einsatzkräfte anlässlich einer Demo in Harvestehude.

© DPoIG (7)



PEZ: Hamburgs PERLE läuft nicht rund ...

Wieder einmal ist die geplante neue Polizeieinsatzzentrale (PEZ) Thema – und wieder einmal leider nicht mit guten Nachrichten. Das „Projekt ERneuerung LEitstellen“ – kurz **PERLE** – ist gefühlt mittlerweile zum festen, alltäglichen Bestandteil der Polizei geworden – und wie es aussieht, wird sich das auch in absehbarer Zukunft nicht ändern.

An die Anfänge kann sich der eine oder andere vielleicht noch dunkel entsinnen. Die Versprechungen waren schon damals vollmundig: eine moderne und zukunftsfähige Einsatzleittechnik mit umfangreichen Geo-Informationen, effektiver Einbindung von Fahrzeugtechnik und mobilen Endgeräten, neuen Räumlichkeiten für die PEZ und vielem mehr. Die Ziele waren gesteckt – der Weg dorthin geplant. Das Projekt hatte sich aufgestellt und eingerichtet. Allerdings kam es schon am Anfang ins Stocken, als die Verantwortlichen die neue PEZ unbedingt in den Räumlichkeiten des Präsidiums unterbringen wollten. Ein Irrweg, wie wir damals schon anmerkten – und wie man viele vertane Monate später dann auch einsehen musste. Denn in den Bestand des bereits aus allen Nähten platzenden Präsidiums auch noch im laufenden Betrieb eine autarke, neue PEZ zu quetschen, das konnte ganz klar nicht funktionieren. Also musste ein Neubau her. Nach vielem Hin und Her sollte dann – mit der Sprinkenhof GmbH – ein Gebäude auf dem Gelände der Liegenschaft errichtet werden. Eine „Interimsleitstelle“ in den Räumen des Großen Sitzungssaals im Polizeipräsidium sollte die neue Technik bis zur Fertigstellung aufnehmen – danach würde man dann in den Jahren 2021/2022 in die neuen Räumlichkeiten ziehen. Das sei notwendig, da die jetzige Ein-

satzleitsoftware HELS nach einhelliger Einschätzung der Fachleute nur maximal und unter großen Bauchschmerzen noch bis zum Auslaufen des Supports der Firma Siemens Ende des Jahres 2022 lauffähig sei. Eine Verlängerung über diesen Endtermin hinaus sei, so die Einschätzung damals, auf keinen Fall anzuraten! Viel zu groß sei die Gefahr, dass das System mit der sich weiterentwickelnden Außenwelt inkompatibel werde. Viel zu alt und träge sei es – das würde auf keinen Fall gehen!

► Nun kam doch – wieder – alles anders

Nachdem man zunächst meinte, man könne gemeinsam mit Dataport ein eigenes Einsatzleitsystem entwickeln (auf Basis einer Berliner Software), musste man – nicht zur Überraschung aller – feststellen, dass man sich auch hier verhoeben hatte. Dataport – sonst nicht verlegen, sich auch an Projekte heranzutrauen, die die eigenen Fähigkeiten überschreiten – machte einen Rückzieher. Gerichte wurden von Mitbewerbern im Leitstellenmarkt bemüht. Der ganze schöne Plan geriet ins Wanken. Plötzlich waren die Unterbringung der PEZ, der Bau nicht mehr das Kernproblem, sondern die Befürchtung, dass man gar nichts hat, was man in die schönen neuen Räume hätte einbauen können! Aus dieser Not geboren, soll nun – mit



viel Geld – Siemens überzeugt werden, die alte Software HELS doch noch mal wiederzubeleben. „Wie jetzt?“, könnte man fragen. Das sei doch gefährlich, auf keinen Fall anzuraten, undenkbar? Passt schon, heißt es nun. Wahrscheinlich sogar unter dem „neuen“ Betriebssystem Windows 10, das ja nun auch bei der Polizei irgendwann Einzug halten soll. (Auch so ein erfolgreiches Dataport-Projekt, aber das ist eine andere Geschichte ...) Da kann man nur hoffen, dass die Notrufe der Bürger bei Polizei und Feuerwehr nicht ins Leere laufen, dass die Kommunikation mit den Kollegen vor Ort funktioniert. Eine Verlängerung von HELS sogar bis 2025/2026 wird angestrebt. Um bis dahin ein ganz anderes System auf dem Markt zu finden und umzusetzen. Möglichst aber von einem erfahrenen Anbieter von Leitstellentechnik und nicht „selbst gemacht“. Man hat also doch dazugelernt! Und immerhin wird die Zwischenlösung mit der Interimsleitstelle nun wohl überflüssig, da man

hofft, die neue Technik direkt in das neue Gebäude einbauen zu können. Zur verlorenen Zeit, die man für die unsinnige Planung der PEZ im Präsidium vertan hatte, bevor man sich zu einem Neubau entschloss, zu den ganzen unnötigen Umzügen, kommt also nun ein fast kompletter Neustart hinzu.

Viele verlorene Jahre der Planung. Viele unnötige Umzugsmaßnahmen von Dienststellenbereichen im Präsidium. Sehr viel Geld, Zeit und Aufwand für nichts. Wie schon oft genug betont, dreht es sich hier nicht um ein Projekt zur Verschönerung von Wänden in der Kantine, sondern um die POLIZEIEINSATZZENTRALE. Und es geht hier nicht einmal mehr „nur“ um die viel gepriesene Zukunftsfähigkeit der PEZ, sondern darum, ob der technische Betrieb überhaupt zuverlässig gewährleistet werden kann! Ohne die PEZ geht buchstäblich nichts – damit spielt man nicht!

Der Landesvorstand



„Ein Bonbon für die Grünen, nicht mehr, nicht weniger“

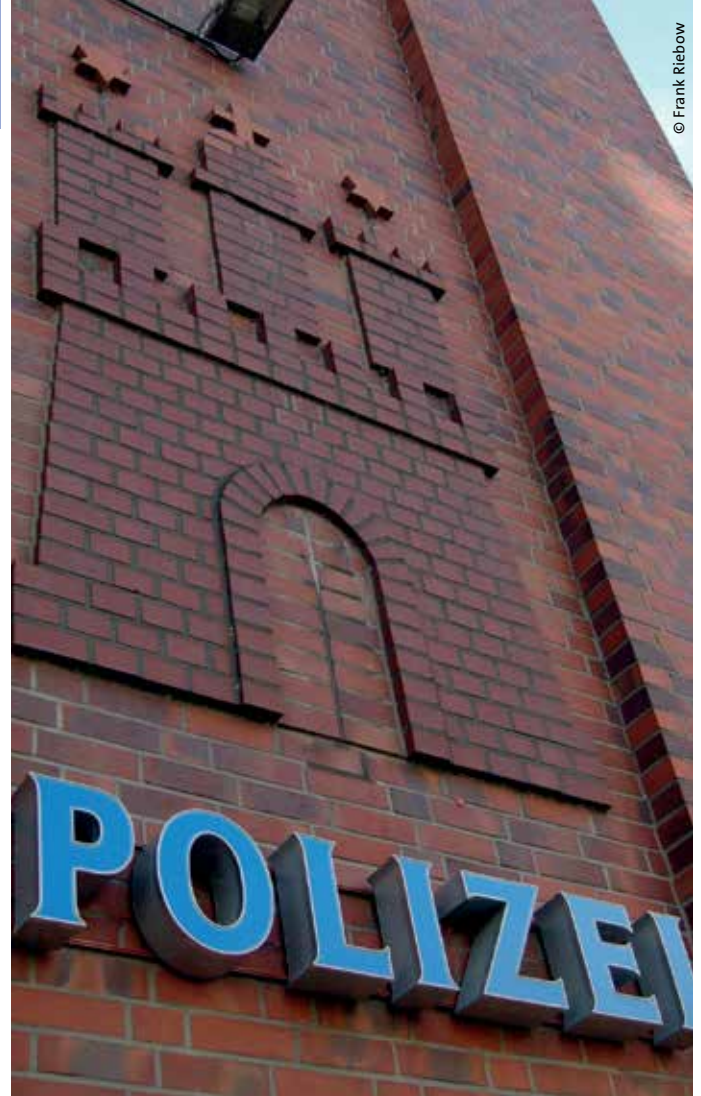
Beschwerdewesen: aufgebläht – überbordend – kostenintensiv

Die **Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)** hat die von Innensenator Andy Grote (SPD) vorgestellte Neukonzeption der Dienststelle „Beschwerde-management und Disziplinarangelegenheiten“ bei der Hamburger Polizei zur Kenntnis genommen. Aus Sicht der **DPoIG Hamburg** bleiben viele Fragen offen, die eingehend geprüft werden müssen. Es wäre nicht zuletzt im Sinne der Kolleginnen und Kollegen der Polizei gewesen, wenn die Behördenleitung vorab ein Gespräch mit der **DPoIG** geführt hätte. Wieder einmal wurden hinter verschlossenen Türen Entscheidungen vorbereitet und getroffen, die weitreichende Konsequenzen für unsere Kolleginnen und Kollegen haben können. Seit geraumer Zeit sieht sich die Polizei deutschlandweit einer nie dagewesenen Verleumdungs- und Diffamierungskampagne ausgesetzt. Die auch gegen die Hamburger Polizei öffentlich

erhobenen Vorwürfe sind teilweise so absurd, dass man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, dass es nicht um die Klärung relevanter Sachverhalte gehe, sondern um die Schwächung der Polizei als Garant der inneren Sicherheit. In dieser aufgeladenen und sehr emotional geführten öffentlichen „Polizeigewalt“-Kampagne ist es für die Polizeibeschäftigten wichtig, dass sich der Dienstherr uneingeschränkt vor die Polizei stellt! Was wir jedoch teilweise erleben müssen, wird diesem berechtigten Anspruch unserer Kolleginnen und Kollegen nicht gerecht!

➤ Nach dem G20-Gipfel 2017 gab es Konsequenzen – für die Polizei!

Mit der Einführung der Kennzeichnungspflicht bei geschlossenen Einsätzen hat die SPD Hamburg ihre Zusage gebrochen, eine entsprechende Regelung nur einvernehmlich mit



© Frank Riebow

den Polizeigewerkschaften zu treffen. Jetzt wird erneut dem politischen Zeitgeist gefolgt und bisher sehr gut funktionierende Strukturen werden aufgebläht und „bürokratisiert“!

Dazu Thomas Jungfer, Erster stellvertretender Landesvorsitzender der **DPoIG Hamburg**:

„Die **Deutsche Polizeigewerkschaft** sperrt sich keiner Beschwerdestelle, ganz im Gegenteil! Selbstverständlich haben alle Bürgerinnen und Bürger das Recht, polizeiliches Handeln zu hinterfragen, zu kritisieren, sich zu beschweren oder auch Sachverhalte zur Anzeige zu bringen. Das alles war und ist möglich. Die Beschwerdestelle der Polizei, das Dezernat Interne Ermittlungen und die Staatsanwaltschaft Hamburg haben ihre Verantwortung im Sinne der Beschwerdeführer und Anzeigenden wahrgenommen und Ermittlungen eingeleitet, wenn es nötig war. Das neue Beschwer-

demangement ist politisch gewollt, aber fachlich nicht geboten. Es gibt keine Zunahme der Beschwerdelage und des Anzeigeverhaltens gegenüber Polizeibeamten. Wieder einmal wird die Polizei in den Fokus gerückt. Die **Deutsche Polizeigewerkschaft** würde eine Beschwerdestelle für alle Ämter und Behörden befürworten. Es ist an der Zeit, dass sich Innensenator Andy Grote (SPD) endlich vor seine Polizei stellt. Das reformierte Beschwerdewesen wird um des lieben Koalitionsfriedens willen initiiert – ein Bonbon für die Grünen, nicht mehr, nicht weniger.“

Im Jahr 2019 führen rund 500.000 Einsätze der Polizei Hamburg zu 200 (!) berechtigten Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern. Ein #Polizeiproblem – wie es von interessierter Seite hauptsächlich über die Social-Media-Kanäle behauptet und verbreitet wird – gibt es nicht!

Der Landesvorstand

> Neue Beschwerdestelle

„Laut Polizei gab es im vergangenen Jahr insgesamt 900.000 Anrufe bei der Polizei, die zu knapp einer halben Million Einsätzen geführt hätten. In der gleichen Zeit habe es 800 Beschwerden gegen Polizisten gegeben, von denen 200 als berechtigt gelten.“

Mit der Beschwerdestelle wird es künftig drei Abteilungen geben, die sich mit möglichen Verfehlungen von Polizisten beschäftigen. Geht es um mögliche Straftaten, die Beamten vorgeworfen werden, ermittelt das Dezernat Interne Ermittlungen (DIE), das der Innenbehörde unterstellt ist. Disziplinarrechtliche Verstöße ahndet die Disziplinarabteilung. Und alle anderen Beschwerden soll die neue Einheit auflösen, im Idealfall mit einem klärenden Gespräch zwischen Polizist und dem Bürger, der sich zu Unrecht behandelt fühlt.“

Quelle: Denis Fengler, „Wir wollen die Polizei sauber halten“, „WELT“, 17. September 2020 (Auszug)

#POLIZEI STÄRKEN – OFFENSIVE FÜR #DEMOKRATIE UND #RECHTSSTAAT

26. DPOLG-LANDESKONGRESS
5. NOVEMBER 2020



DPoIG Hamburg im DBB
Holzdamm 18
20099 Hamburg
www.dpolg-hh.de

#dpolghhako20



DPoIG 
Deinetwegen!





Alles hängt am Personal – auch in der Verwaltung

Von Beate Petrou, Vorsitzende des Fachbereiches Verwaltung

Seit sieben Monaten haben wir es nun mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie zu tun, deutlich im Alltagsbetrieb der Polizei und darüber hinaus zu spüren. Auch in der Polizeiverwaltung hat sich die Arbeit verändert, aber andere Probleme bestehen natürlich weiter.

Ein aktueller Überblick

> Angestellte im Polizeidienst (AiP)

Seit 2017 wurden kontinuierlich neue AiP-Lehrgänge eingestellt, um die Aufgaben, insbesondere im Objektschutz, zu erfüllen. Erst jetzt, nach langen vier Jahren, konnte erreicht werden, dass die Polizei ihre Fehlstellen im Objektschutz besetzen konnte. Damit wurde eine langjährige Forderung der **DPoIG Hamburg** erfüllt, die diesen Prozess positiv begleitet hat. So kann einerseits der Polizeivollzug entlastet werden und andererseits gibt es eine Aufgabenvielfalt bei der LBP 10/VS. Ganz nebenbei haben viele Angestellte im Polizeidienst die Gunst der vielen Ausschreibungen genutzt, um sich auf andere, vor allem höherwertige Tätigkeiten zu bewerben. Ob sich dieser positive Trend fortsetzt, wird der kommende Haushalt zeigen, im Mai 2021 wissen wir mehr. Sollten die AiP-Lehrgänge nicht kontinuierlich fortgeführt werden, wird die Polizei erneut ein personelles Problem bekommen. Zudem es noch weitere Aufgabenzuwächse in der Polizei gibt, bei denen AiP dringend gebraucht werden.

So ist beispielsweise der Prozess und die Pilotierung „ED-Entlassen“ immer noch nicht abgeschlossen. Hier könnte eine Lösung zum Tragen kommen, dass noch mehr AiP die Dienstgruppe Gefangenentransport (DGT) unterstützen, damit diese personell in der Lage ist, ihre Tätigkeiten zu erfüllen. Hier stehen jedoch noch die Verhandlungen zwischen der Dienststelle Polizei und dem Personalrat aus. Gespräche mit der **DPoIG Hamburg** dazu haben bereits stattgefunden.

> Aufgabenübernahme Landesbetrieb Verkehr (LBV) zur Polizei

Der Aufgabentransfer, also die Übernahme der Verkehrsüberwachung vom LBV mit den sogenannten Blitzeranhängern (mGÜA) und der dazugehörigen Bildauswertung, soll zukünftig vermutlich bei der Verkehrsdirektion stattfinden. Diese aufwachsenden Aufgaben durch zusätzliche Blitzeranhänger, sollen durch AiP vorgenommen werden. Dafür werden weitere Stellen ausgeschrieben. Das sind auch weitere Chancen für die AiP der LBP 10/VS auf höherwertige Tätigkeiten, bedeutet aber, dass dafür zusätzliche AiP für die LBP 10/VS eingestellt werden müssen. Hier wäre es wichtig, auch für die Bildauswertung eine „Erstausrüstung“ von gut ausgebildeten

Angestellten des LBV übernehmen zu können.

> Hundekontrolldienst

Im nächsten Jahr wird die Polizei dann auch die Aufgaben und das Personal des Hundekontrolldienstes übernehmen. Hier gibt es zwar noch keinen Senatsbeschluss, aber die Absichtsverhandlungen laufen bereits und es gibt schon eine Arbeitsgruppe bei der Polizei, in der auch der Personalrat vertreten ist.

> Allgemeine Verwaltung

In der allgemeinen Verwaltung ist das Thema „Modernes Arbeiten“ ganz aktuell. Hier gilt es, die positiven Erfahrungen während der Pandemie mit Telearbeit, flexibler Arbeitszeit und dem Homeoffice zu nutzen und noch weiter voranzubringen. Die **DPoIG Hamburg** ist über unseren Dachverband dbb bei den Verhandlungen für eine sogenannte 93er-Vereinbarung dabei. Diese Vereinbarung soll unter anderem Rahmenbedingungen zum mobilen Arbeiten beinhalten. Auch die Polizei Hamburg beschäftigt sich aktiv mit diesem Thema und hat alle Akteure zu einer ersten Besprechung eingeladen. Ziel soll es sein, eine Dienstvereinbarung abzuschließen.



> Beate Petrou

Immer mehr Aufgaben für die Polizei, auch immer mehr Personalfluktuations in der Polizeiverwaltung – natürlich verbunden mit einer Vielzahl von Ausschreibungsverfahren. Die Verwaltung unterstützt den Polizeivollzug und in bestimmten Bereichen ist es durchaus angebracht, mehr tarifbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen mit Aufgaben zu betrauen. Sie stehen schneller zur Verfügung und können den Primärvollzug entlasten. Die DPoIG Hamburg beobachtet mit Spannung die Verhandlungen über den kommenden Doppelhaushalt. Sollte es die Politik in Zukunft „versäumen“, Tarifstellen in ausreichender Anzahl nachzubestellen, wird das über kurz oder lang in der gesamten Polizei spürbar sein! Denn wenn das Backoffice nicht richtig funktioniert, werden die Auswirkungen fatal sein!



75 Jahre Wasserschutzpolizei-Schule

DPoIG: Glückwunsch zum Jubiläum in besonderen Zeiten

Von Frank Riebow, Vorsitzender Fachbereich Wasserschutzpolizei

Am 1. September 1945 – also nur wenige Monate nach dem Ende des barbarischen Zweiten Weltkriegs – starteten die ersten 20 Anwärter in ihre Ausbildung. Heute werden an der zentralen Aus- und Fortbildungseinrichtung Wasserschutzpolizistinnen und -polizisten, aber auch Feuerwehrleute und angestellte Schiffsführer aus 15 Bundesländern unterrichtet.



© Frank Riebow

Ausgangspunkt für die Gründung einer Waterways Police School war eine Initiative der britischen Besatzungsmacht. Innerhalb kurzer Zeit erwarb sich die neu gegründete Schule der Wasserschutzpolizei (WSPS) in Hamburg einen so guten Ruf, dass sie ab 1951 bereits Polizeibeamte anderer Bundesländer ausbildete. 1974 wurde zwischen den Bundesländern ein heute noch gültiges Abkommen über die Finanzierung und die Aufgaben der Wasserschutzpolizei-Schule abgeschlossen. 1992 kamen vier der neuen Bundesländer (außer Thüringen) und das Saarland hinzu. Heute ist die WSPS die Aus- und Fortbildungsstätte für alle Kolleginnen und Kollegen der deutschen Wasserschutzpolizeien. Die Wasserschutzpolizistinnen und -polizisten werden unter

anderem in den Fachbereichen Küste, Binnen sowie Technik und Umwelt unterrichtet. Etwa 1.200 Kolleginnen und Kollegen nehmen jedes Jahr an den Lehrveranstaltungen teil, darunter auch Angehörige der Feuerwehren, der Seenotrettung und anderer maritimer Behörden. Alle Lehrgangsteilnehmer werden amtlich untergebracht und verpflegt. Für die Aus- und Fortbildungen stehen moderne Simulatoren sowohl für die Schiffsführung als auch für die Maschinenteknik zur Verfügung. Die Lehrgangsteilnehmer können zudem neben Funk- und Radarpatenten auch Kenntnisse über internationales Recht erwerben oder vertiefen. Wie geht es weiter? Ein Erweiterungsbau befindet sich derzeit in der Planung, um die steigenden Lehrgangsbedarfe



© prasch buken partner architekten

> Gelungen – so soll der Erweiterungsbau der WSPS nach Fertigstellung im Jahr 2022 aussehen. Baubeginn ist Anfang 2021. Visualisierung: prash buken partner architekten

der Wasserschutzpolizeien bewältigen zu können. Die Ausbildung wird zudem durch innovative technikbasierte Lehrmethoden und den Einsatz moderner Simulatoren stetig erweitert, um den Erfordernissen einer auch digital vernetzten Schifffahrt gerecht zu werden. Es gibt deutschlandweit wohl nur wenige Polizeieinrichtungen, deren Finanzen so akribisch beleuchtet werden wie der Haushalt der WSPS. Die WSPS hat einen Aufsichtsrat – das Kuratorium als Beschlussgremium der beteiligten Bundesländer – und einen rechenschaftspflichtigen Vorstandsvorsitzenden – den Schulleiter. Der Haushalt der WSPS muss also durch diverse Haushalts- und Finanzgremien, er passiert die Hamburgische Bürgerschaft und die Finanzministerkonferenz. Zweimal jährlich muss der Leiter der WSPS dem Kuratorium über die eingesetzten Ressourcen berichten. Viel mehr Transparenz geht eigentlich nicht. Die WSPS ist in der Vergangenheit mit ihren Haushaltsmitteln immer lösungsorientiert und sachge-

recht umgegangen: Vor allem haben die Verantwortlichen immer daran gedacht, die Ausbildungsbedingungen und die sozialen Belange der Kolleginnen und Kollegen kontinuierlich zu verbessern. Mittel- und langfristige Planungen und sich daran anschließende Umsetzungen haben aus der heutigen WSPS eine Vorzeigeeinrichtung der deutschen Polizei gemacht. Was hier über Jahrzehnte geleistet wurde, kann wohl nur derjenige wirklich beurteilen, der die Schule noch aus den Anfängen der 1990er-Jahre und davor kennt. Aus Sicht der **DPoIG Hamburg** gehört der über viele Jahre bewährte Küchenbetrieb an der WSPS uneingeschränkt dazu! Was die Frauen und Männer des Küchenteams um Detlef Kufalt leisten, ist aller Ehren wert und trägt entscheidend zur Zufriedenheit aller bei. Der Fachbereich Wasserschutzpolizei der **DPoIG Hamburg** wünscht der WSPS eine erfolgreiche Zukunft und freut sich auf eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen. ■



Vom Generalverdacht zum Generalangriff auf die Polizei

Von Frank Riebow, Landesredakteur

Im aktuellen „Polizei-Bashing-Contest“ hat sich nun „Grüne Jugend“-Bundessprecher Georg Kurz auf eine besonders diffamierende Art und Weise hervorgetan. In einem Ende August veröffentlichten Video bläst der Jung-Grüne und Ende-Gelände-„Aktivist“ zum Generalangriff auf

machtaffinen und rassistischen Gewalttättern! Dabei ist „Racial Profiling“ das Machtmissbrauchsinstrument überhaupt, um Minderheiten zu schikanieren und Gewalt- und Machtfantasien auszuleben. Diese uniformierte Schlägerbande muss dringend reformiert werden. Entzieht der Polizei die Ressourcen: #DefundThePolice.



die deutsche Polizei. Mehrere öffentlichkeitswirksame Polizeieinsätze der jüngeren Vergangenheit fasst der grüne Nachwuchspolitiker wie folgt zusammen: „Massive Polizeigewalt“, „Antifaschisten zum Teil schwer verletzt“, „geschlagen, getreten“, „Kopf, Nacken, ... gekniet wie bei George Floyd“. Natürlich werden auch Menschen in psychischer Not einfach so von der Polizei „erschossen“ und ausreisepflichtige Ausländer werden nicht einfach abgeschoben, sondern „brutal“ muss es dabei zugehen. Selbstverständlich „wissen“ alle, Polizeigewalt bleibe meist folgenlos für die Täter, diese sinnlose Gewalt müsse aufhören, so Kurz weiter. Das etwas mehr als zwei Minuten andauernde Video „HI POLIZEI, WIR MÜSSEN REDEN!“ hat eine Botschaft: Deutsche Polizistinnen und Polizisten sind ein Haufen von schießwütigen,

Dazu mehr Umverteilung, Sozialarbeit, Kommunikation und Psychologie und – allen geht’s gut! Über 300.000 Polizeibeschäftigte in Bund und Ländern im Vorbeigehen verbal mal ordentlich in die „Tonne treten“ – für @oeko-fuzzi (so sein Kontaktnamen auf Twitter) Georg Kurz kein Problem – easy going. Was raten wir? Bevor Herr Kurz endgültig politisch abdriftet, empfehlen wir ein normenverdeutlichendes Gespräch, zum Beispiel mit Irene Mihalic. Die Bundestagsabgeordnete und innenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen ist auch als ehemalige Polizistin sicher gerne bereit, mit dem Bundessprecher der grünen Nachwuchsorganisation über den Unterschied von rechtswidriger Polizeigewalt und Polizeigewalt als rechtlich legitimierte Zwang zu sprechen. Frau Mihalic erläutert sicher ebenso gern das Rechtsstaatsprinzip, die Gewaltenteilung und die Aufgaben der Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat – wir sind da voller Hoffnung. Frau Baerbock, Herr Habeck, fangen Sie diesen Flegel wieder ein!

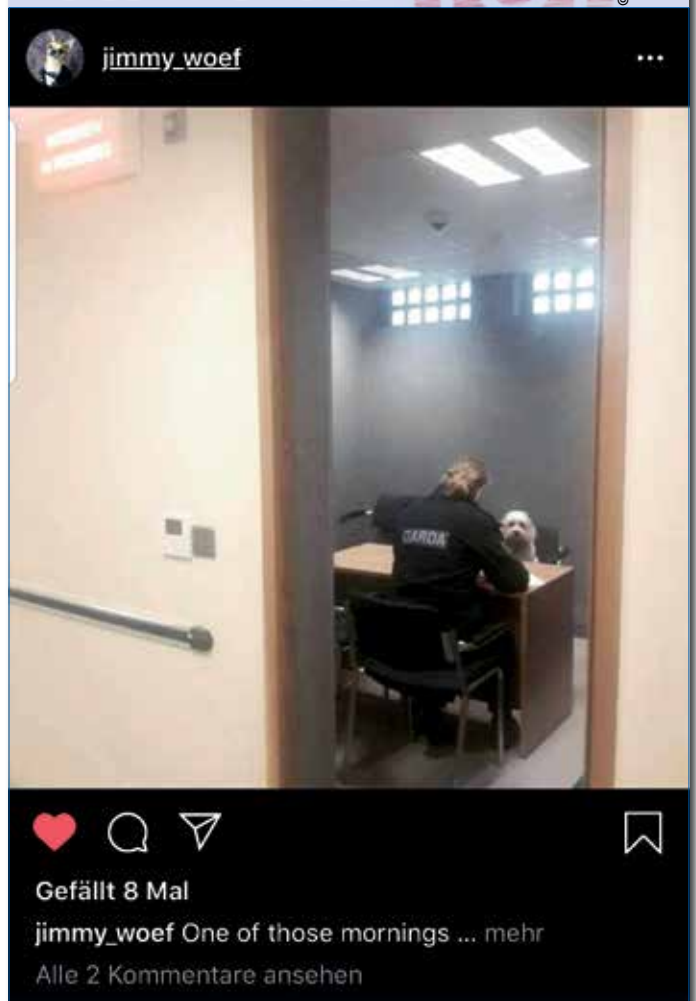
„Zitiert“

„Wer pauschal unterstellt, die Polizei sei rassistisch oder – wie es die Antifa propagiert – der ‚Bulle‘ sei der Feind, der treibt die Gesellschaft auseinander. Diesen Diskurs muss man ächten. Deshalb halte ich auch alle Signale seitens der Grünen und der SPD für fatal, die Antifa aufzuwerten und als möglichen Bündnispartner zu sehen. Das geht gar nicht.“

Stefan Luft, Politikwissenschaftler, Privatdozent, Uni Bremen

> Social-Media-Fundstück

Instagram-Fundstück des Monats



Trauerredner

„Die letzte Rede muss die schönste sein“
Ich beschreibe Ihren liebsten Menschen so, wie Sie ihn erlebt haben.
Peter Schölermann · Tel. 01 76/82 25 95 94